

suchen, daß er ständig bemüht war, die von ihm vertretenen Reformen nach Möglichkeit in einem Traditionalismus schöpferischer Art zu verankern, indem er es verstand, das notwendig Neue in organischen Zusammenhang mit dem bewährten, entwicklungsfähigen Alten zu bringen. Von diesem Leitgedanken durchdrungen, war er ohne Unterlaß darauf bedacht, die dynamischen Kräfte des großen Zeitgeschehens, zu denen er sich stets bekannte, mit den statischen Kräften, die dem Volksganzen innewohnen, in möglichste Harmonie zu bringen. Über seinen Bestrebungen waltete immer wieder ein günstiger Stern, ihm war es vergönnt, an der Schwelle des Greisenalters stehend, vor der Öffentlichkeit darauf hinzuweisen, daß von den 36 Punkten, die das von ihm im Jahre 1848 abgefaßte Programm der Moldauer Revolutionäre umfaßte, nicht weniger als 31 im Laufe der Zeit durchgeführt worden waren und daß er in der Lage gewesen war, an ihrer Verwirklichung mitzuarbeiten²⁵). Die Gedenkrede, die der berühmte Historiker ALEXANDER XENOPOL in der Bukarester Akademie der Wissenschaften auf den Entschlafenen hielt, schloß mit den Worten: „Er war eine Säule des Landes, die wunderbarste und charakteristischste Verkörperung des rumänischen Geistes.“ „Er ist gestorben, denn er mußte der Natur den unerbittlichen Tribut entrichten. Aber er ließ hinter sich einen großen Streifen Lichts, und zukünftige Generationen werden überall auf seinen Namen stoßen, der verknüpft ist mit allem Großen und Bedeutenden, was in der Epoche unserer nationalen Wiedergeburt geschaffen wurde.“

Kronstadt.

OSKAR WITTSTOCK.

Erzherzog Franz Ferdinand und die Madjaren

Mit unveröffentlichten Aktenstücken.

Erzherzog FRANZ FERDINAND hatte bekanntlich die Absicht, für den Fall seiner Thronbesteigung eine grundlegende Reform der Donaumonarchie durchzuführen, und dadurch die Macht des Hauses Habsburg zu erneuern. Die Schwierigkeit für die Verwirklichung dieses Planes war die dualistische Verfassung des Jahres 1867. Denn in ihr lag die Ursache der zunehmenden Zerrüttung der Monarchie, der man im Laufe der Jahre den Spottnamen „Monarchie auf Kündigung“ gegeben hatte. Das dualistische System hatte an Stelle des einen souveränen Monarchen zwei souveräne Nationen gesetzt, nämlich die Madjaren in Transleithanien, die Deutschen in Zisleithanien. Während aber in Zisleithanien durch den Aufstieg der übrigen Völker die Herrschaft der Deutschen mehr und mehr ausgehöhlt und die Verfassung durch parlamentarische Obstruktion der verschiedenen Volksgruppen praktisch lahmgelegt wurde, verstanden es die Madjaren, durch ein bestimmtes Wahlsystem im ungarischen Reichstag einen einheitlichen ungarischen Nationalstaat vorzutäuschen. Durch dieses vergleichsweise reibungslose Funktionieren des Parlaments, das durch die fast völlige Ausschaltung der Nationalitäten erreicht wurde, und durch eine systematische Beeinflussungspolitik gegenüber dem nachgiebigen Kaiser sicherten die madjarischen Politiker und Staatsmänner sich das überwiegende Mitbestimmungsrecht in der Politik der Monarchie, und verstanden es in steigendem Maße, das Schwergewicht von Wien nach Budapest zu verlegen.

Das Ziel der ungarischen Nationalitätenpolitik war der einheitliche und souveräne Nationalstaat mit eigenem Heer, eigener äußerer Vertretung und eigenem Zoll- und Wirtschaftsgebiet, den die Kossuthpartei als Republik anstrebte, während die

²⁵) Monitorul Oficial vom 12. Februar 1883.

gemäßigte Richtung die Aufrechterhaltung des Ausgleiches bei Erweiterung der Rechte des ungarischen Staates zu erreichen suchte. Gegen diese Politik des madjarischen Adels nahm der Thronfolger Stellung, da er die wachsende innere Zerrüttung und die zunehmende außenpolitische Schwächung des Habsburgerreiches durch die madjarische Politik klar erkannte. In wiederholten Eingaben und Schreiben wandte er sich an den Kaiser, um diesen Widerstand gegen die die Einheit des Reiches gefährdende madjarische Politik zu bewegen.

In diesem Sinne richtete er auch im Jahre 1909 folgendes Schreiben an den Kaiser, in dem er gegen die revolutionäre Haltung der ungarischen Presse Stellung nahm¹⁾.

I.

Franz Ferdinand an den Kaiser über die ungarische Presse.

Euer Majestät!

Allergnädigster Herr!

Ich fühle mich verpflichtet die Aufmerksamkeit Euer Majestät auf das unqualificirbare Verhalten der ungarischen Presse in den letzten 3 Monaten zu lenken.

Die gegen die geheiligte Person Euer Majestät, gegen meine Wenigkeit, gegen die Dynastie, die Monarchie und die Armee gerichteten Angriffe, die Beschimpfungen und Invectiven, die hochverrätherischen Aufforderungen haben in den, größtentheils von der Regierung unterstützten, ja direkt inspirirten Zeitungen, in erschreckender Weise zugenommen.

Es wird mit Vorbedacht, und mit direktem System, die gesammte öffentliche Meinung und vor Allem das Volk vergiftet und gegen Alles aufgehetzt, das ihm heilig sein sollte.

Es ist dieß ein hochverrätherisches, einfach revolutionäres, Unternehmen, das die schrecklichsten Folgen nach sich ziehen muß.

Ich könnte Hunderte und Hunderte von Beispielen und Artikeln vorlegen, möchte aber nur einen Leitartikel des „Nap“ unterbreiten, der wohl das Stärkste und Unverschämteste ist, das ich je gelesen. Die stete Behauptung, daß der „Nap“ nur ein kleines wenig gelesenes Blatt ist, gilt einfach nicht mehr, da er überall in Ungarn aufliegt und weitverbreitet ist.

Übrigens schreiben in ganz ähnlichem Sinne sämmtliche ungarische Zeitungen wie Magyarorszá, Budapesti hirlap, Pesti hirlap, Budapest etc. etc.

Besonders die vom monarchistischen Standpunkte tief beklagenswerthen und das monarchische Princip und Prestige, schwer schädigenden Ereignisse in der Türkei, Persien und Spanien, wo sogar zwei Monarchen einfach vom Throne gestoßen wurden, begrüßten die ungarischen Zeitungen mit unverhohlenem Jubel und benützten diese Ereignisse sofort, um in unverhüllter Weise Vergleiche mit unseren Verhältnissen zu ziehen und zu direkter Nachahmung aufzufordern!

Diese direkt dem Strafgesetze unterliegenden hochverrätherischen und revolutionären Handlungen werden aber von den ungarischen Behörden nicht im Geringsten geahndet.

Wenn man nun im Interesse der guten Sache einen Minister auf dieses unmögliche Treiben aufmerksam macht, so erhält man lächelnd die stereotype Antwort, daß in Ungarn die Preßfreiheit herrscht und sich garnichts machen läßt. —

¹⁾ Geheimakten der Kabinettskanzlei, 1909—1913. H.-H.-Sta., Wien. — Dort auch die weiteren hier veröffentlichten Urkunden.

Das ist nun ganz und gar unwahr; die Preßfreiheit existirt nur für Beschimpfungen, Injurien und Hetzen gegen die Dynastie, Monarchie, Armee u. s. w.; wenn aber irgend eine Zeitung oder ein patriotischer Redacteur der deutschen, slowakischen, rumänischen oder kroatischen Nationalität in Ungarn es wagt, in angestammter Treue auf dieses schamlose Treiben aufmerksam zu machen oder es wagt nicht mit allen, von der herrschenden Clique eingeführten Institutionen sich einverstanden zu erklären, da wird confiscirt, Postdebit entzogen, die Leute werden eingesperrt, müssen riesige Summen Strafe zahlen und werden Landes verwiesen!

Das ist die ungarische Preßfreiheit.

Wenn Euer Majestät die Frage an mich stellen würden, wie ich mir, in unmaßgeblichster Weise, eine Sanirung dieser traurigen und gefährlichen Verhältnisse denke, so würde ich unterthänigst glauben, daß ein Allerhöchstes Handschreiben an den ungarischen Minister Präsidenten, in welchem der Befehl Euer Majestät diesem Treiben Einhalt zu thun u. alle Leute gleich zu behandeln zum Ausdruck käme, (u. das veröffentlicht würde,) das Wirksamste wäre.

Dieß würde gewiß großes Aufsehen erregen und würde sicherlich dem zu erstrebenden Zwecke sehr dienlich sein und die Heilung dieser Zustände anbahnen.

Indem ich mich Euer Majestät zu Füßen lege, verharre ich in tiefster Ehrfurcht als

Euer Majestät

Schloß Blühnbach

24. August

1909.

unterthänigster Neffe

Franz

II.

Franz Ferdinand an den Kaiser über die Reform des ungarischen Wahlrechts.

Als die Madjaren 1911 eine Wahlreform in Angriff nahmen, die ihre Vorherrschaft gesichert hätte, nahm der Erzherzog in einem Schreiben dazu Stellung, das folgenden Wortlaut hat:

Eure Majestät!

Wie aus den Zeitungen zu entnehmen ist, plant die k. u. Regierung, noch im Laufe dieses Jahres dem Parlamente den Entwurf eines neuen Wahlgesetzes zur Beratung zu übergeben.

Die Rückwirkung dieser Aktion auf alle Bevölkerungskreise Ungarns, und hiemit indirekt auch auf die Wehrmacht, dürfte von so weittragenden Folgen begleitet sein, dass ich mich verpflichtet fühle, aus dem mir von

Eurer Majestät

allergnädigst zugewiesenen militärischen Wirkungskreise herauszutreten und allerunterthänigst zu bitten, meine Anschauung über die vorliegende Absicht der k. u. Regierung

Eurer Majestät

unterbreiten zu dürfen.

Zunächst vermöchte ich dem von der k. u. Regierung in Aussicht genommenen Zeitpunkte der Einbringung der Wahlreformvorlage nicht beizupflichten.

Die Beratung eines neuen Wahlgesetzes — gleichgültig welchen Forderungen mehr entgegenkommen wird — dürfte in Ungarn eine tiefgehende Bewegung her-

vorrufen, welche angesichts der ungeklärten auswärtigen Lage, deren definitive Bereinigung noch nicht abzusehen ist, die Position der Monarchie nach Aussen ganz wesentlich schwächen würde.

Ich bitte deshalb

Eure Majestät

tiefehrfurchtsvollst, meiner unterthänigsten Anschauung dahin Ausdruck geben zu dürfen, dass der Einbringung eines neuen ungarischen Wahlgesetzes erst dann nähergetreten werden sollte, bis nach gänzlicher Bereinigung der auswärtigen Krise wenigstens nach aussen hin wieder vollständige Ruhe eingetreten ist.

Aber auch dann, wenn die gegenwärtige Balkankrise ihrem aktuellen Charakter nach überwunden sein wird, ist meiner untertänigsten Anschauung nach die von der k. u. Regierung zur Allerhöchsten Vorsanktion vorbereitete Wahlreformvorlage für eine solche nicht geeignet, denn ich halte sie angesichts der heutigen Verhältnisse in Ungarn für sehr bedenklich und für geeignet, die Interessen der Dynastie und der Gesamtmonarchie schwer zu schädigen.

Wohl dürften dem allseits ausgesprochenen Wunsche gemäss die Wähler eine namhafte Vermehrung erfahren, allein die Basis, auf welcher diese Erhöhung der Wählerzahl erfolgen soll, dünkt mir keineswegs einwandfrei.

Der geplante Bildungszensus wird nur jene städtische Halbintelligenz stärken, welche von jeher eine Domäne des magyarischen Chauvinismus gebildet hat. Der vorgeschlagene Besitz- und Steuerzensus dürfte nur dem wohlhabenden Großbauernstande zu gute kommen, der — zum großen Teil magyarischer Nationalität — bisher prinzipiell nur Vertreter der 1848er Richtung in das Parlament entsendete.

Der neugeschaffene Dienstzensus endlich protegirt den gewerblichen Arbeiter in der weitestgehenden Weise vor dem landwirtschaftlichen Gehilfen. Da aber der gewerbliche Arbeiter vorwiegend in den von der magyarischen Intelligenz beherrschten Städten wohnt, so erhält auch die durch den Dienstzensus offiziell in die ungarische Politik eingeführte Sozialdemokratie ein reinmagyarisches Incarnat.

Dieser deutlich zu Tage tretenden Bevorzugung der Magyaren und Sozialdemokraten entgegen, erscheint für die Kleinbauern und die landwirtschaftlichen Arbeiter, d. s. jene Bevölkerungskategorien, welche vorwiegend die Nationalitäten repräsentieren, das Wahlrecht geradezu geknebelt.

Es würde demnach die neue Wahlreformvorlage nur den Magyaren und den Sozialdemokraten zu gute kommen, indes die ungarländischen Nationalitäten, welche stets und unter schwierigsten Verhältnissen die aufopferndste und hingebungsvollste Treue zu Kaiser und Reich bewiesen haben, eher einer erhöhten Bedrückung durch das gestärkte Magyarentum unterworfen würden.

Ich befürchte, annehmen zu müssen, dass die Nationalitäten für eine solche Wahlreform nicht allein die k. u. Regierung, sondern in allererster Linie die Krone verantwortlich machen würden, ein Moment, welches die allerbedenklichsten Konsequenzen zeitigen müßte.

Denn die serbische Irredenta, deren Bestehen in der Monarchie leider nicht mehr zu leugnen ist, würde erneute Nahrung erhalten; die rumänische Irredenta, welche sich bisher nur in vagen Umrissen zeigte und derzeit noch mehr als Warnung denn als Tatsache figuriert, erhielte eine von den Hetzern erwünschte Grundlage; Ruthenen und Slovaken dürften aber das Ventil ihres Unmutes wahrscheinlich in dem Anschlusse an die schismatische Propaganda finden, welche mit der russo-philien Idee wohl als identisch betrachtet werden kann.

Mit solchen leider zu begründeten Aussichten erschiene mir die Aufrechterhaltung der Präponderanz jener Nationalität zu teuer erkauf, deren Politiker trotz der unerschöpflichen Allerhöchsten Gnadenbeweise, welcher sie seit mehr als 40 Jahren teilhaftig geworden sind, unausgesetzt bemüht sind, das Gefüge des Reiches zu lockern sowie die Kronrechte zu schmälern und von letzterem Bestreben erst wieder im heurigen Frühjahre gelegentlich der erstrebten Resolution bezüglich des jetzt so bewährten 88er Gesetz Zeugnis abgelegt haben.

Ich kann endlich nicht umhin, auf jene republikanische Strömungen hinzuweisen, welche bisher nur unter den Magyaren Geltung gefunden haben, fortgesetzt im Wachsen begriffen sind und durch eine magyarische Sozialdemokratie — wie sie der neue Wahlreformentwurf propagiert — in höchstbedenklicher Weise gefördert werden könnten.

Meiner unmassgeblichen Anschauung nach sind deshalb die Grundzüge der vom k. u. Ministerpräsidenten beantragten Wahlreform geeignet, allen in Ungarn bereits im Keime vorhandenen dynastiefeindlichen Bestrebungen nachhaltige Nahrung zuzuführen.

Mit der Einbringung der Wahlreformvorlage gelangt die ungarische Politik an einen wichtigen Wendepunkt, an welchem ich mich nicht nur als der von

Eurer Majestät

für den Kriegsfall Allergnädigst designierte Armeeoberkommandant, sondern auch als das dem Throne zunächst stehende Mitglied der Dynastie verpflichtet fühle,

Eurer Majestät

meine tiefehrfurchtsvollste Anschauung alleruntertänigst zu Füßen zu legen.

Würden

Eure Majestät

dieselbe allergnädigst zu genehmigen geruhen, so unterbreite ich

Eurer Majestät

die tiefehrfurchtsvollste Bitte:

Geruhen

Eure Majestät

den vorliegenden Wahlgesetzentwurf dem k. u. Ministerpräsidenten zur Umarbeitung zurückstellen zu lassen.

In tiefster Ehrfurcht verharre ich als

Euer Majestät unterthänigster
Erzherzog Franz²⁾

Wien, am 28. Dezember 1912.

III.

Franz Ferdinand an den Kaiser über die kroatische Krise

Der Thronfolger sah in der unbefriedigenden Behandlung der Nationalitäten durch die Budapester Regierung, wodurch eine neue „Irredenta“ geschaffen wurde, die größte Gefahr für den Bestand des Habsburgerreiches. Er wollte diese Gefahr durch das Bündnis der Krone mit den Nationalitäten bannen, um schließlich durch die Einführung des allgemeinen Wahlrechtes in Ungarn das dualistische System zu stürzen. Besonders rechnete er dabei auf die Reichs- und Dynastietreue der katholischen Kroaten; deshalb unternahm er auch Schritte zu ihren Gunsten.

²⁾ Eigenhändig. Das übrige in Maschinenschrift.

Gegen die Gewaltpolitik des kgl. Kommissärs in Kroatien, richtet er im Jahre 1912 ein Protestschreiben an den Kaiser folgenden Inhalts:

General der Kavallerie und Admiral Erzherzog Franz Ferdinand.

Eure Majestät!

Infolge der, durch die Allerhöchste Gnade

Euer Majestät

erfolgten Betrauung mit der Führung des Armeoberkommandos im Kriege, fühle ich mich verpflichtet

Euer Majestät

ehrfurchtsvollst meine untertänigste Anschauung über die Zustände in Kroatien und Slavonien zu unterbreiten, nicht nur weil dieses Land im Falle einer kriegerischen Aktion am Balkan als Aufmarschraum in Betracht kommt, sondern auch weil ich glaube, eine Rückwirkung der wegen der kroatischen Verhältnisse unter allen Südslaven der Monarchie herrschenden ungünstigen Stimmung auf den Geist der Wehrmacht befürchten zu müssen.

Ich glaube

Euer Majestät

über die Lage in Kroatien am besten durch die untertänigste Meldung orientieren zu können, dass der königliche Kommissär „Herr von Cuvaj, im ganzen Lande in einer Weise verhaßt ist, wie dies einem Träger der Regierungsgewalt noch selten zuteil wurde.

Die Ursache dieses Haßgefühls liegt zunächst in einer Anzahl von Gewaltmaßregeln, mit welchen Herr von Cuvaj seine Herrschaft zu befestigen trachtete; dieselben umfaßten nicht nur die rücksichtsloseste Verfolgung der politischen Gegner und eine vollständige Knebelung der Presse, sondern auch eine gänzliche Unterdrückung der politischen Freiheiten überhaupt, wobei meist Formen eingehalten wurden, welche einerseits das materielle Wohl vieler loyaler Staatsbürger in Mitleidenschaft zogen, anderseits aber nicht selten das Ehrgefühl in weitgehendster Weise verletzen.

Zu diesem rüden Gebrauche der Regierungsgewalt kamen jedoch noch eine Anzahl Affären, welche die Objektivität und die Selbstlosigkeit des Herrn von Cuvaj in keinem vollständig einwandfreien Lichte erscheinen ließen und welche trotz vielseitiger Angriffe bisher nicht widerlegt erscheinen.

Alle diese Momente zusammen haben einen derartigen Grad von Gereiztheit und Erbitterung gegen das Regime des Herrn von Cuvaj erzeugt, dass auch nach der Anschauung von durch und durch loyalen und patriotischen südslavischen Politikern die Bevölkerung in all' ihren Gedanken und Empfindungen dem schärfsten Radikalismus zugetrieben wird.

Diese Stimmung richtet sich nicht allein gegen die staatsrechtliche Union mit Ungarn, sondern auch gegen Oesterreich, dessen Regierung der Indolenz gegenüber den kroatischen Verhältnissen beschuldigt wird, gegen die gemeinsame Regierung, welche den Kroaten für ihre Bedrückung mitverantwortlich erscheint, und endlich — was wohl am schwerwiegendsten ist — in nicht zu verkennender Weise gegen die Krone.

Wenn dieser ehrfurchtsvollen Darstellung entgegen die königlich ungarische Regierung behauptet, dass im Lande Ruhe herrsche, so scheint mir das nur ein mit Gewaltmitteln aufrechterhaltener Zustand zu sein, welchen ich als nicht unähnlich einer Friedhofsruhe bezeichnen möchte.

Trotz dieser bedrückenden Zustände und der hiedurch ausgelösten Reizbarkeit glaube ich jedoch die Masse des kroatischen Volkes noch immer als kaiser- und reichstreu betrachten zu können, wofür die kürzlich stattgehabte Vereinigung der Kroaten und der österreichischen Südslaven auf dem Programme der kroatischen Rechtspartei und unter Führung des sehr loyalen Dr. Sustersitz ein beredtes Zeugnis ablegt.

Dieser zweifellos noch reichstreuen Gesinnung der Kroaten entspricht auch die von ihren Parteien mehrfach zum Ausdruck gebrachte Einsicht, daß ein sofortiger Uebergang zu normalen konstitutionellen Verhältnissen derzeit wohl schwer sei und sie momentan zufrieden wären, wenigstens einen Wechsel in der Person des königlichen Kommissärs zu erreichen.

Dieser hiedurch bedingte Ersatz des Herrn von Cuvaj aber wird jedoch in Kroatien mit allen Mitteln erstrebt, wobei meiner ehrfurchtsvollst unterbreiteten Ueberzeugung nach keineswegs der Vertreter

Euer Majestät

bekämpft wird, sondern nur das willfähige Organ der königlich ungarischen Regierung, welche nach kroatischer Anschauung stets bestrebt ist, die verbrieften Rechte des Landes zu schmälern.

In Kenntnis dieser in Kroatien herrschenden Bestrebungen fühle ich mich verpflichtet,

Euer Majestät

in tiefster Ehrfurcht zu melden, dass die Kroaten von der Allerhöchsten Gnade

Euer Majestät

wenigstens einen Wechsel in der Person des königlichen Kommissärs erwarten.

Tritt jedoch dieser von den Kroaten so heiß ersehnte Umschwung nicht in Bälde ein, so halte ich es für nicht absehbar, in welchen Grad der Verstimmung — um nicht zu sagen des Hasses — gegen alle Machthabenden das kroatische Volk hineingetrieben wird, das sich selbst unter den schwierigsten Verhältnissen stets als kaiser- und reichstreu bewährt hat.

Gleichzeitig vermag ich jedoch nicht zu verhehlen, dass eine solche auf die Spitze getriebene Entwicklung der Dinge zur Entfremdung einer großen und tüchtigen Nation führen muß und mir deshalb namentlich bei den dermaligen außerpolitischen Verhältnissen sehr bedenklich dünkt.

Erhalten bei einer für die Monarchie friedlichen Lösung der Balkankrise die in unsere Interessensphäre fallenden Balkanstaaten Serbien und Montenegro einen Machtzuwachs, so könnte sich aus dem dermaligen Zustande in Kroatien leicht eine südslavische Irredenta entwickeln, welche wieder einzudämmen sehr schwierig sein würde.

Kommt es hingegen zu einer kriegerischen Verwicklung, so wäre es höchst unerwünscht, wenn sich die Kroaten nicht mit derselben Begeisterung unter den Fahnen

Eurer Majestät

schlagen würden, wie dies bisher stets der Fall war.

Vielmehr wage ich

Eurer Majestät

meine unterthänigste Anschauung dahin zu unterbreiten, dass gerade jenes Volk, welches dem Herde der jetzigen Balkanwirren zunächst sich befindet, freudig und

zuversichtlich in die Zukunft blicken und nicht — nach seiner Auffassung völlig entrechtet — passiv abseits stehen sollte.

Was die Rückwirkung einer Entlassung des Herrn von Cuvaj auf Ungarn anbelangt, glaube ich

Eurer Majestät

mit Bestimmtheit melden zu können, dass eine große Zahl ernster ungarischer Politiker einen Wechsel in der Person des königlichen Kommissärs sehr begreiflich finden würde, und daß die politischen Verhältnisse in Ungarn heute derart destruiert sind, dass man sich mit einer solchen Maßnahme sehr bald abfinden dürfte.

In den im Reichsrate vertretenen Königreichen und Ländern hingegen würde eine Entfernung des Herrn von Cuvaj als die Befreiung von einer schon längst schwer drückenden Belastung empfunden werden und die parlamentarische Situation der k. k. Regierung wesentlich verbessern.

Würden

Eure Majestät

allergnädigst geruhen, einem Wechsel in der Person des königlichen Kommissärs nähertreten zu wollen, so wage ich in tiefster Ehrfurcht

Eurer Majestät

als Nachfolger des Herrn von Cuvaj den Feldmarschalleutnant Adolf Freiherrn von Rhemen zu empfehlen, dessen Ernennung zum Kommandanten des 13. Korps und kommandierenden General in Agram der Kriegsminister von

Eurer Majestät

kürzlich erst erbeten hat.

Feldmarschalleutnant Baron Rhemen ist als gewesener Generalstabschef des 13. Korps mit den kroatischen Verhältnissen vollkommen vertraut und beherrscht die kroatische Sprache nahezu vollkommen; in politischer Beziehung vollständig neutral, sehr objektiv, vielseitig gebildet, erfahren und ein ausgezeichnete Redner, sehr repräsentabel und in günstigen finanziellen Verhältnissen, so dass angenommen werden kann, dass diese Wahl nirgends auf eine ablehnende Kritik stoßen wird.

In Zusammenfassung aller vorstehenden Ausführungen wage ich es in tiefster Ehrfurcht, als Fürsprecher des kroatischen Volkes

Eure Majestät

untertänigst zu bitten, einen Wechsel in der Person des königlichen Kommissärs in Agram allergnädigst ehestens in Erwägung ziehen zu wollen.

In tiefster Ehrfurcht verharre ich als

Euer Majestät

unterthänigster Erzherzog Franz³⁾.

Schloss Konopischt, am 28. Oktober 1912.

Es war die Tragik des Erzherzogs Franz Ferdinand, daß er in ständigem Gegensatz zum alten Kaiser lebte und nie Gelegenheit hatte, in das politische Geschick der Donaumonarchie einzugreifen. Seine Pläne und Anregungen sind daher nie in das Stadium der Verwirklichung getreten.

Z. Zt. bei der Wehrmacht.

GEORG FRANZ.

³⁾ Eigenhändig. Das übrige in Maschinenschrift.